



Presseschau vom 08.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Litauen: Zahl ukrainischer Gastarbeiter 2017 verdoppelt
In Litauen haben im vergangenen Jahr etwa 20.000 Ukrainer die Arbeits- bzw. Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Im Jahr 2016 waren es rund 10.000, wie das Portal Delfi.lt berichtet.

Die zugereisten Ukrainer „bewerben sich vorwiegend als Fernfahrer, Betonwerker, Maurer, Fachkraft für Ausbauarbeiten, Schiffsmontage-Arbeiter und Schweißer“, schreibt das Portal. Wie die polnische Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, Elżbieta Rafalska, zuvor erklärte, wird in ihrem Land die überwiegende Mehrheit der offiziellen Arbeitsgenehmigungen für Bürger von Nicht-EU-Mitgliedern an Ukrainer erteilt.

[Ukrinform.ua](#): EU fordert von Russland 1,4 Mrd. Euro jährlich für Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch

Die Europäische Union (EU) fordert von Russland die Einziehung in Höhe von 1,4 Milliarden Euro jährlich für die Beschränkung der Schweinefleischimporte, teilte Politico ([politico.eu](#)) unter Bezugnahme auf seine eigenen Quellen mit.

„Die Europäische Union fordert, von Moskau jedes Jahr 1,4 Milliarden Dollar zu erheben, mit der Begründung, dass der Kreml im Januar 2014 die Einfuhr von Schweinefleisch aus Europa widerrechtlich verboten hat, nachdem sich die Beziehungen zwischen dem Präsidenten Wladimir Putin und dem Westen rapide verschlechtert hatten“, heißt es in dem Bericht. Außerdem ist geplant, die Höhe der Einziehungen jährlich um 15 % zu erhöhen.

Dem Bericht zufolge hat die Welthandelsorganisation die Forderung von Brüssel bereits an das Schiedsgericht geschickt.

de.sputniknews.com: Schweinefleisch-Streit mit Moskau: Politiker warnt WTO-Gericht vor Politisierung

Der russische Außenpolitiker Konstantin Kossatschjow hat das Schiedsgericht, das die Klage der EU gegen Russland wegen des Importverbotes auf Schweinefleisch aus Europa prüfen soll, dazu aufgerufen, sich von den WTO-Prinzipien leiten zu lassen und diesen Streit ohne Politisierung beizulegen.

„Wenn das Schiedsgericht die Klage prüft, sind zwei Varianten möglich“, sagte Kossatschjow, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), im Gespräch mit Sputnik. „Entweder das Gericht handelt weiter im Rechtsrahmen, in welchem Fall die Politisierung und Rechtswidrigkeit der EU-Sanktionen gegen Russland, nicht der russischen Gegensanktionen, unvermeidlich anerkannt werden.“ Oder, so der Politiker weiter, das Gericht gehe mit der EU auf die politische Ebene und spiele an ihrer Seite.

„Und das wird nicht nur ein Verstoß gegen das Prinzip der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Gerichtes sein, sondern auch eine direkte Zerstörung der Grundlagen des Welthandels, auf denen auch die Welthandelsorganisation gegründet wurde und die diese Organisation nicht vor den aggressiven wirtschaftlichen Sanktionen seitens der EU und der USA schützen konnten“, so Kossatschjow.

Am Samstag hatte die Zeitung „Politico“ berichtet, dass die EU 1,4 Milliarden Euro jährlich von Moskau erzwingen wolle, weil es angeblich ein illegales Importverbot auf Schweinefleisch aus Europa eingeführt habe. Die Welthandelsorganisation (WTO) habe eine entsprechende Forderung an das Schiedsgericht gestellt, hieß es.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation auf der Krim und in der Ukraine verschlechtert. Ende Juli 2014 waren die EU und die USA von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft übergegangen. Russland verbot im Gegenzug die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA, den EU-Ländern, Kanada, Australien und Norwegen.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. **Beschossen wurde das Gebiet von Nishneje Losowoje.** Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Syrische Armee durchbricht Blockade der Militärbasis bei Damaskus
Die syrischen Regierungstruppen haben die von Extremisten umzingelte Militärbasis Harasta im östlichen Vorort von Damaskus deblockiert. Das teilte eine gut unterrichtete Quelle am Montag gegenüber Sputnik mit.

„Die syrische Armee hat das Gebäude der Verkehrsverwaltung der Basis bei Damaskus deblockiert. Panzer und Infanterietruppen haben die Umzingelung durchbrochen und das Gelände der Verkehrsverwaltung betreten“, so die Quelle.

Ihr zufolge haben die Regierungstruppen auch die der Basis naheliegenden Mehlmühlen

wieder unter ihre Kontrolle bringen können.

Zuvor hatten bewaffnete radikale Gruppierungen mehrmals versucht, die Militärbasis in Harasta in Besitz zu nehmen.

So sollen die Extremisten in der Nacht zum 1. Januar trotz der Waffenruhe zur Offensive übergegangen sein, die Militärbasis eingenommen und alle Versorgungsrouten abgeschnitten haben.

Lug-info.com: Die Weihnachtsfeiertage in der Republik verliefen ohne Vorfälle – Mdi
Die Massenveranstaltungen, die der Feier des orthodoxen Weihnachtsfestes gewidmet waren, verliefen in der Republik ohne Vorfälle. Dies berichtete man im Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des Mdi der LVR gegenüber Lug.

„Zu den Feiertagen waren alle Mitarbeiter des Innenministeriums in erhöhter Bereitschaft. Die Orte der Massenansammlungen von Menschen wurden gründlich durch die verschiedenen Spezialdienste des Mdi überprüft. Die Veranstaltungen zum religiösen Fest von Christi Geburt wurden von mehr als 10000 Menschen besucht“, heißt es im Ministerium.

„In der Abteilung für öffentliche Sicherheit des Innenministeriums der LVR wurde mitgeteilt, das der Feiertag ohne Vorfälle verlief“, sagten die Rechtsschutzorgane.

de.sputniknews.com: Reicht Hand des Kreml jetzt bis Mexiko? Trumps Berater wittert neue „Wahleinmischung“

Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Donald Trump, Herbert McMaster, hat vor einer Einmischung Russlands in die kommenden Präsidentschaftswahlen in Mexiko gewarnt. Es sind ihm zufolge schon „erste Anzeichen“ zu erkennen.

Die US-Behörden seien sehr beunruhigt, dass Russland angeblich „ausgeklügelte Kampagnen für Umsturz, Desinformation und Propaganda durchführe“ und dafür Cyber-Instrumente nutze, sagte McMaster in seiner Rede bei einer Anti-Terror-Konferenz im vergangenen Dezember.

„Wie Sie sehen können, ist das ein wirklich ausgeklügelter Versuch, demokratische Gesellschaften zu polarisieren und die Gemeinden in diesen Gemeinschaften gegeneinander aufzuhetzen sowie eine Vertrauenskrise auszulösen und die Stärke innerhalb Europas zu untergraben“, zitiert die Zeitung „The Hill“ den US-General.

Washington sehe schon „erste Anzeichen“ für eine russische Einmischung in die Wahl in Mexiko, die im Juli 2018 stattfinden soll. Was das konkret für Anzeichen sind, ist jedoch unklar. Das Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien im vergangenen Jahr führte McMaster zudem als weiteres Beispiel für Russlands „Einmischung“ an.

Im Westen scheint es inzwischen zu einer Tradition geworden zu sein, Russland für alle Probleme oder ungeahnten Folgen von Ereignissen verantwortlich zu machen. So wird Moskau regelmäßig die Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl und die Beeinflussung des Brexit-Referendums sowie der Unabhängigkeits-Volksabstimmung in Katalonien vorgeworfen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde das Gebiet von Michajlowka mit Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern beschossen.

de.sputniknews.com: Russische Luftwaffe offenbart Manöver-Pläne für 2018

Die russischen Luft- und Weltraumtruppen wollen nach Angaben des Verteidigungsministeriums in diesem Jahr mehr als 500 Übungen verschiedener Ebenen durchführen.

Wie es aus einer Mitteilung des Pressedienstes der Behörde hervorgeht, sind auch 1.300

Trainings unter Teilnahme verschiedener Kategorien von Militärangehörigen, Wettbewerbe zur Luftkampf-Schulung unter den Besatzungen von Kampfflugzeugen der Luft- und Weltraumtruppen geplant.

Es soll sich hierbei um die Übungen „Aviadarts 2018“, „Kljutschki ot Neba 2018“ und „Wosduschnje Rubeschi 2018“ handeln.

Laut dem Pressedienst verfolgt die ganze Ausbildung das Ziel, die Einsatzfähigkeit der Truppen zu erhöhen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31276/86/312768656.jpg>

Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 107.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 106.

Wir erinnern daran, dass ab 01:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Russischer Militärexperte nennt Ziel von US-Aufklärungsflug nahe Krim

Ein US-amerikanisches Seeaufklärungs- und U-Boot-Jagdflugzeug vom Typ P-8A Poseidon hat kürzlich einen stundenlangen Flug über dem Territorium unweit der Krim absolviert, um

die Militärinfrastruktur der Schwarzmeer-Halbinsel zu erkunden. Das äußerte der russische Militärexperte Iwan Konowalow am Montag in einem Gespräch mit RT.

„Das Ziel der Aufklärung ist offensichtlich. Die russische Führung verheimlicht ja nicht, dass die Militärinfrastruktur der Halbinsel stark ist“, so der Experte.

Auf der Krim seien eine gemischte Fliegerdivision sowie gemischte Militärkräfte unter Beteiligung der Land-, Flug- und Raketenabwehr stationiert. Die Halbinsel ist laut Konowalow verstärkt worden und hat sich in eine Festung verwandelt.

Zuvor hatte das Portal Mil Radar berichtet, dass ein US-amerikanisches Jagdflugzeug P-8A Poseidon vom Militärflugplatz Sigonella (Sizilien, Italien) gestartet und mehrere Stunden lang über dem Schwarzen Meer südwestlich von Sewastopol geflogen sei.

Anfang Dezember wurde in der Stadt Feodosija auf der Krim erstmals in der Geschichte Russlands das neue 171. selbstständige Bataillon der Luftlandetruppen ins Leben gerufen. Zudem soll der Befehlshaber der Truppen Andrej Serdjukow zugesagt haben, die Krim-Einheit mit modernen Waffen auszurüsten.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden ist von Seiten der ukrainischen Streitkräfte das Gebiet von **Jasinowataja** beschossen wurden, wobei der Feind Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen verwendet hat.

Vor kurzem hat das Verteidigungsministerium der Ukraine freudig über die Auflösung der Zentralen militärmedizinischen Behörde und die Bildung einer militärmedizinischen Hauptbehörde berichtet.

Das Interessanteste ist, dass der Hauptsinn dieser Umbildung die Einführung zusätzlicher Generalsposten ist sowie die Schaffung eines Präzedenzfalls, um ungenehme Funktionsträger durch Entlassung im Zusammenhang mit organisatorisch-personeller Maßnahmen loszuwerden.

Außerdem sind für die Durchführung dieser sogenannten „Reform“ der Militärmedizin, im Grunde einer gewöhnlichen Umbenennung, mehr als eine Milliarde Griwna vorgesehen. Diese Summe ist mehr als ein Hundertstel des gesamten Militärhaushalts der Ukraine für das Jahr 2018.

Wenn man dabei zu den Problemen der ukrainischen Streitkräfte in Fragen der medizinischen Versorgung zurückkehrt, kann man in Erinnerung rufen, dass sich zurzeit ohne Ausnahme alle Einheiten wegen Unterstützung an Freiwilligenorganisationen wenden, in erster Linie erbitten sie blutungshemmende Präparate. An zweiter Stelle bei den Defiziten in den Truppen stehen Antiviruspräparate, die den ukrainischen Streitkräften vor allem an der Front fehlen.

Dieser Winter ist warm und regnerisch geraten, deswegen verbreiten sich Virusinfektionen schneller als gewöhnlich.

Nach einem Bericht der genannten militärmedizinischen Hauptbehörde ist unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die Kampfaufgaben in der Zone der sogenannten „ATO“ erfüllen, jeder zweite infiziert und erkältet. Und die Ausfälle durch ernsthafte Virusinfektionen der Atemwege sind auf das 2,5fache gewachsen.

So sehen wir ein weiteres Mal, dass die Vergrößerung des Militärhaushalts der Ukraine nicht in die Entwicklung und Unterstützung der Kampfbereitschaft und Kampffähigkeit der ukrainischen Streitkräfte geht, sondern in das Ausplündern von Haushaltsmitteln, die Vergrößerung des bürokratischen Apparats im Generalstab und die Schaffung „warmer“ Ämter für die Verwandten der militärischen Leiter.

Und den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte werden auch die Bürger der Ukraine mit Tabletten und Verbandsmaterial über Freiwillige helfen.

Außerdem wurde uns von einem weiteren außerordentlichen Vorfall in der ATO-Zone bekannt.

Am 2. Januar geriet bei Übungen unter der persönlichen Leitung des Kommandeurs der ATO M. Sabrodskij in der 28. mechanisierten Brigade ein gerade eben von der Reparatur zurückgekommener T-64-Panzer in Brand. Der Panzer wurde in der Nacht in die Beschränkungszone, in der die Stationierung schwerer Waffen verboten ist, in Richtung Granitnoje-Anadol verlagert.

Aufgrund der Nachlässigkeit, der fehlenden Kontrolle über die Untergebenen und die Verletzung von Brandschutzmaßnahmen wurde auf dem Panzer Benzin vergossen. Dabei hat das Personal geraucht und Feuerzeuge als Lichtquelle genutzt. In Brand geratene Lappen und Benzinrinsale setzten das Getriebe des Panzers in Brand, das Feuer breitete sich mit großer Geschwindigkeit aus und der Munitionsvorrat des Panzers detonierte. In der Folge gab es außer dem T-64-Panzer folgende Verluste: zwei Maschinengewehre des Typs AKSE-74 – es handelt sich um die Waffen der Besatzungsmitglieder, die es gerade noch schafften, sich vor der Explosion in Sicherheit zu bringen und verletzt wurden. Die betroffenen Panzersoldaten befinden sich im Krankenhaus. Dieses Beispiel zeigt, dass es gefährlich ist, un ausgebildeten Offizieren und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte neue Technik und leistungsfähige Waffen zu geben.

Die bewaffneten Banden der ukrainischen Streitkräfte können sowohl sich selbst als auch den friedlichen Einwohnern, die sich in ihrer Nähe befinden, Verluste zufügen.

de.sputniknews.com: „In Lügen verstrickt“: Moskau zu CIA-Vorwürfen gegen Russland wegen Wahlmanipulation

Die US-Geheimdienste haben sich laut der amtlichen Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, „in Lügen verstrickt“, indem sie über eine langjährige Einmischung Russlands in die US-Wahlen gesprochen haben.

Zuvor hatte CIA-Direktor Mike Pompeo gegenüber dem Fernsehsender CBS geäußert, dass Russland „jahrzehntelang“ versucht habe, die US-Wahlen zu untergraben.

„Der beste Beweis dafür, dass es sich um eine richtige Lügengeschichte handelt, ist der Umstand, dass die US-amerikanischen Geheimdienste und Offiziellen in all diesen ‚Jahrzehnten‘ niemals über so etwas gesprochen und nie solche Fragen an die russische Seite gestellt hatten. Es hatte weder Sujets noch Filme noch Äußerungen darüber gegeben, bis das US-amerikanische Wahlsystem ein Ergebnis in Gestalt von Präsident Trump erbracht hat“, schrieb Sacharowa auf ihrer Facebook-Seite.

Gerade damals sei mit beweislosen Anschuldigungen, der Suche nach einem äußeren Feind und den Wehklagen wegen der „Hand des Kremls“ begonnen worden, so Sacharowa.

Im US-Kongress laufen unabhängige Ermittlungen zur „russischen Einmischung“ in die US-Präsidentschaftswahlen, die Donald Trump gewonnen hat. Eine ähnliche Untersuchung ist beim FBI im Gange. US-Medien veröffentlichen unter Berufung auf anonyme Quellen regelmäßig Berichte über angebliche Kontakte von Mitgliedern des Wahlkampfstabes von Trump mit russischen Beamten und Unternehmern.

Russland hat die Anschuldigungen hinsichtlich einer angeblichen Einmischung in die US-Wahlen wiederholt als haltlos zurückgewiesen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist **stabil angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **einmal** den „Neujahrswaffenstillstand“ verletzt.

„Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Nishneje Losowoje**. Beim Beschuss haben die ukrainischen Streitkräfte Schützenpanzerwaffen, einen automatischen Granatwerfer und ein großkalibriges Maschinengewehr verwendet.

Insgesamt wurden 20 Granaten auf das Territorium der Republik abgeschossen. Im Gebiet von Smeloje und Stschastje hat die Aufklärung der Volksmiliz der LVR Flüge von Drohnen aus dem Bestand einer Aufklärungskompanie der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte zum Zwecke der Luftaufklärung bemerkt.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nehmen die nicht kampfbedingten Verluste weiter zu.

Am 16. Dezember 2017 wurden elf Soldaten aus der „Georgischen Legion“ des 25. Bataillons der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte verletzt. Die georgischen Söldner wurden in der Folge eines Konflikts mit Soldaten des 24. Bataillons „Asow“ verletzt, der auf dem Hintergrund nationaler Feindseligkeit entstand. Die Verletzten befinden sich zum Behandlung im 65. militärmedizinischen Hospital in Tschasow Jar.

Nach Informationen der Volksmiliz haben die Vertreter der sogenannten „Georgischen Legion“ am 20. Dezember 2017 den Verantwortungsbereich der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte verlassen und am 6. Januar hat sich bestätigt, dass sich nur drei Soldaten dieser Einheiten im Verantwortungsbereich der Brigade befinden.

Es wurde auch festgestellt, dass der Brigadekommandeur zuvor dem Personal der georgischen Einheiten ihre persönliche Schutzausrüstungen, Fahrzeuge sowie optische Militärgeräte entzogen hat.

Im Zusammenhang mit diesem Vorfall ist in dieser Woche die Ankunft einer Inspektion aus dem Stab der „ATO“ in der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte geplant.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen systematisch die Bedingungen zur Stationierung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen entlang der Kontaktlinie.

Unter Nutzung des „Neujahrswaffenstillstand“ konzentriert der Gegner weiter militärisches Potential entlang der Kontaktlinie.

So wurde festgestellt, dass im Gebiet von Swetlodarsk, 3 km von der Kontaktlinie eine provisorische Feuerpositionen einer Mörsersektion einer Mörserbatterie der 54.

mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt wurde. Es wurde festgestellt, dass im Gebiet von Swetlodarsk durch das Personal des 1. Bataillons der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte technische Arbeiten zur Ausrüstung neuer Positionen durchgeführt werden.

Außerdem wurde die Verstärkung von Frontpositionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje und Troizkoje festgestellt. Es wurde Material auf die Positionen des 8. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoswanowka geliefert.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen ein und ist auf einen friedlichen Dialog aus.

Die Volksmiliz führt weiter intensiv planmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung der Einheiten durch. Regelmäßig werden Trainings mit dem Personal zur Erreichung verschiedener Niveaus militärischer Kenntnisse durchgeführt.

de.sputniknews.com: Simonjan erklärt, wann sich Russlands Verhalten zu den USA veränderte

Die Chefredakteurin der TV-Anstalt RT, Margarita Simonjan, hat in einem Interview mit dem TV-Sender CBS erläutert, wann und warum sich die Einstellung der meisten Russen gegenüber den USA geändert hatte.

„Das war im Jahr 1999 passiert, als Sie (die USA – Anm. d. Red.) Jugoslawien bombardiert hatten“, sagte Simonjan.

Wie Simonjan ferner ausführte, betrachtete Russland die Luftangriffe als unfair und gesetzwidrig, da diese ohne UN-Mandat erfolgt waren.

„Für uns war es ein Schock. In den 90er Jahren waren die Russen in die USA verliebt. Wir hatten alles erfüllt, was Sie uns gesagt hatten. Und wir wollten für Sie immer mehr und mehr

tun.“

Praktisch das ganze russische Volk hatte laut Simonjan dagestanden und gesagt: „Was können wir noch Angenehmes für Sie tun? Wir wollen wie Sie sein. Wir lieben Sie.“

„Und dann im Jahr 1999 – bauz! Sie hatten Jugoslawien zerbombt. Damit ging alles zu Ende – Sie hatten uns über Nacht verloren. Bedauerlicherweise“, betonte Simonjan.

Die USA und ihre Nato-Partner hatten im Kosovo-Konflikt vom 24. März bis 8. Juni 1999 – außerhalb eines Bündnisfalls und ohne UN-Mandat – die damalige Bundesrepublik Jugoslawien bombardiert. Durch die Angriffe kamen diversen Schätzungen zufolge zwischen 1200 und 2500 Menschen ums Leben, darunter 89 Kinder. 12.500 Zivilisten wurden verletzt. Zerstört bzw. beschädigt wurden 148 Wohnhäuser und 62 Brücken, etwa 300 Schulen, Krankenhäuser und Staatseinrichtungen sowie 176 Kulturdenkmäler.

de.sputniknews.com: Neuen US-Sanktionen zuvorkommen: Russland verstärkt seine Verteidigung

Russland will den Negativfolgen neuer US-Sanktionen, die bald beschlossen werden könnten, in seiner Rüstungsbranche vorbeugen. Dafür wird laut Vizepremier Dmitri Rogosin ein operativer Stab eingerichtet, dessen Hauptaufgabe es sein wird, die Entwicklung des russischen Rüstungsbereichs vor dem Hintergrund möglicher neuer Strafmaßnahmen zu sichern.

Im Rahmen der russischen Militär- und Rüstungskommission soll ein operativer Stab gebildet werden. Das kündigte der russische Vizepremier Dmitri Rogosin am Montag an. Der Stab wird ihm zufolge zudem für die konsequente Erfüllung des staatlichen Rüstungsauftrags zuständig sein.

Im vergangenen Dezember hatte das US-Handelsministerium zwei russische Rüstungsfirmen auf die „schwarze Liste“ gesetzt. Nach Washingtons Darstellung stellen diese Unternehmen bodengestützte Marschflugkörper für das russische Verteidigungsministerium her, deren Reichweite angeblich gegen die INF-Verträge verstößt.

Moskau weist seinerseits diese Anschuldigungen als haltlos zurück. Die USA nutzten diese Vorwürfe, um aus dem Vertrag auszutreten und die Schuld dafür von sich zu weisen.

Die INF-Verträge verbieten es Russland und den USA, bodengestützte ballistische Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern zu produzieren bzw. zu besitzen. Moskau und Washington haben sich gegenseitig mehrfach Verletzungen der Verträge vorgeworfen.

Ukrinform.ua: Berlin glaubt nicht, dass Waffen der USA den Konflikt im Donbass lösen werden

Berlin bestehe weiter darauf, dass das Hauptziel der Lösung des Konflikts im Donbass die Deeskalation sei, die dann erlaube, zu politischen Schritten der Lösung zu übergehen, erklärte am Montag auf einem Briefing der Sprecher der deutschen Bundesregierung, Steffen Seibert, berichtet die Ukrinform-Korrespondentin aus Deutschland.

„Unsere Einstellung, der Bundeskanzlerin und der gesamten Regierung ist, dass der Konflikt im Osten der Ukraine nicht durch militärische Mittel zu lösen ist. Man benötigt eine friedliche, diplomatische, politische Verhandlungslösung, was Deutschland und Frankreich lange Zeit im Rahmen der Minsker Vereinbarungen intensiv anstreben“, sagte Seibert.

In Bezug auf die Waffenzusammenarbeit mit den USA hält sich die deutsche Seite klar an ihre Position: „die Konfrontation im Osten der Ukraine kann nicht durch Gewalt, mithilfe der Waffen gelöst werden, sondern ausschließlich durch Kooperation und Verhandlungen“.

de.sputniknews.com: Russland verhindert Drohnenattacke von Terroristen in Syrien

In der Nacht zum 6. Januar ist ein Terrorangriff mit insgesamt 13 Drohnen auf den russischen

Luftstützpunkt Hmeimim und die Marinebasis Tartus in Syrien verhindert worden. Wie Russlands Verteidigungsministerium am Montag mitteilte, ist niemand zu Schaden gekommen.

„Es gibt keine Verletzten und keinen materiellen Schaden auf den russischen Militärobjekten“, so die Behörde.

Zehn Kampfdrohnen hatten sich demnach dem Hmeimim-Stützpunkt und drei weitere der Basis Tartus genähert. Einheiten der radioelektronischen Bekämpfung hätten demnach sechs der unbemannten Flugobjekte unter externe Kontrolle genommen. Drei Drohnen seien außerhalb des Stützpunktes gelandet, drei weitere beim Aufsetzen auf der Erde explodiert. Die restlichen sieben seien vernichtet worden, hieß es.

Beide Stützpunkte – in Hmeimim und Tartus – seien vollständig funktionstüchtig, versicherte das Ministerium.

Dnr-news.com: In Kiew blockierten ukrainische Neonazis das Kiewer Höhlenkloster Mitglieder der ukrainischen neonazistischen Organisation „C14“ initiierten eine Protestaktion und sperrten den Eingang auf das Territorium des Kiewer Höhlenklosters.

Nach Aussagen der Aktivisten sind sie zu dieser Aktion gekommen, nachdem man sich im Kloster geweigert hatte, getötete „ATO“-Kämpfer dort zu begraben, die nicht der Kirche des Moskauer Patriarchats angehören.

Die Kundgebungsteilnehmer entrollten Transparente mit Sprüchen wie „FSB, raus aus dem Höhlenkloster!“ oder „Nein zu Moskauer Agenten!“.

„Die Situation ist sehr angespannt. Die ‚Rechtgläubigen‘ eilen herbei, prügeln sich und verhalten sich unangemessen. Sie sagen, dass die Nationalgarde im Donbass die Kinder umbringen würde“, berichtet der Pressedienst der Organisation.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-01/thumbs/1515423701_26220069_1464127130358247_6824206927437526841_n.jpg

de.sputniknews.com: Syrien: Washington will von Opposition kontrollierte Region anerkennen – Medien

Washington arbeitet aktuell an einer neuen Strategie in Bezug auf Damaskus, berichtet die Zeitung „Asharq al-Awsat“ unter Berufung auf einen hochrangigen westlichen Vertreter. Laut der Zeitung beabsichtigen die USA in absehbarer Zeit Schritte zu unternehmen, die auf die diplomatische Anerkennung einer Region im Norden Syriens abzielen. Diese Region habe eine Fläche von etwa 24.000 Quadratkilometern und sei damit dreimal größer als der Libanon. Außerdem soll das Gebiet unter der Kontrolle der Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) stehen.

Wie das Blatt ferner berichtet, teilte der US-Verteidigungsminister James Mattis erst vor Kurzem mit, dass Washington militärische Instrukteure sowie US-Diplomaten in die von den DKS kontrollierten Gebiete in Syrien schicken werde.

Ende Dezember hatten sich die Kurden in Nordsyrien mit der Unterstützung der von den USA angeführten internationalen Koalition für die Bildung der „Armee des Norden Syriens“ eingesetzt, die auch DKS-Einheiten einschließen solle. Das Hauptziel dieser Armee soll „der Schutz und die Sicherheitsgewährleistung der Grenze der föderalen Region im Norden Syriens“ sein



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31848/09/318480927.jpg>

abends:

ukrinform.ua: Armutsniveau in der Ukraine auf 12 % zurückgegangen

Das Armutsniveau in der Ukraine sei im Jahr 2017 auf 12 % gesunken, gab die stellvertretende Direktorin des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie, Wiktorija Sachoschaja, bekannt.

„Und das ist eine der wenigen, aber wichtigen Errungenschaften in der Ukraine in diesen Jahren. Im Jahr 2008, nach dem Beginn der globalen Krise, ist das Armutsniveau auf 21 % gestiegen, aber dann hat sich die Situation verbessert. Vor Beginn des militärischen Konflikts lag das Armutsniveau im Jahr 2013 bei 9 %, von 2014 bis 2016 hat es sich fast verdoppelt, bis

auf 17 %. Aber innerhalb des letzten Jahres hat sich die Situation verbessert und das Armutsniveau ist auf 12 % gesunken“, sagte die Soziologin. Nach ihren Worten hat sich das Armutsniveau in der Ukraine innerhalb 1994 - 2017 geändert. Die schlimmste Situation sei Ende der 1990-er gewesen.

de.sputniknews.com: Wegen Wirtschaftsmigration aus Ukraine: Lohndumping im Baltikum befürchtet

Die Wirtschaftsmigration aus der Ukraine nimmt auch im Baltikum immer größere Ausmaße an. Wie die TV-Anstalt RT nun mit Verweis auf die baltische Nachrichtenagentur Delfi berichtet, betrachten einige Analysten die Migration der Ukrainer als eine Gefahr für die heimischen Löhne.

Laut der Agentur haben im Jahr 2017 rund 20.000 Ukrainer die Arbeits- bzw. Aufenthaltsgenehmigung in Litauen bekommen. Was sich nach nicht allzu viel anhören mag, ist für das kleine Land eine ernstzunehmende Herausforderung – schließlich kamen laut der örtlichen Migrationsbehörde im Jahr davor nur 10.000 Migranten aus der Ukraine ins Land. Die Steigerung beträgt somit innerhalb eines Jahres 100 Prozent.

Wie die Nachrichtenagentur hervorhebt, hat das Migrationsdepartement dabei insgesamt etwa 34.500 Immigranten gezählt – die Ukrainer hätten somit deutlich über die Hälfte der gesamten Migration in das Land ausgemacht.

In erster Linie seien Faktoren wie bei Weitem höhere Löhne oder vereinfachte Bedingungen für die Arbeitsaufnahme anziehend.

Laut RT fällt die Reaktion von Experten darauf durchaus unterschiedlich aus. Einige bewerten demnach diese Immigration positiv, da schließlich viele junge Litauer das Land verlassen und in andere EU-Länder umziehen würden. Dadurch ergebe sich ein Fachkräftemangel, dem nun durch ukrainische Arbeitskräfte abgeholfen werden könnte.

Andere sehen die Situation deutlich kritischer. Der Zufluss billiger Arbeitskräfte aus der Ukraine werde sich negativ auf die Lohnbildung des kleinen baltischen Staates auswirken, sind viele Experten überzeugt. Vor allem befürchten sie einen Wachstumsstopp der Löhne. Nach Angaben von Delfi arbeiten Ukrainer in Litauen am häufigsten als Fernfahrer, Schweißer, Schiffsmontage-Arbeiter und Bauarbeiter.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31897/48/318974855.jpg>

de.sputniknews.com: Nach Drohnenangriff in Syrien: Woher bekommen Terroristen moderne

Kampftechnologien?

Eine technische Untersuchung der abgefangenen Drohnen, mit denen die Terroristen den Luftstützpunkt Hmeimim und die Marinebasis Tartus in Syrien anzugreifen versucht hatten, hat ergeben, dass die besagten Fluggeräte aus einer Entfernung von rund 100 Kilometern attackieren können. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium am Montag mit. Der Einsatz von Kampfdrohnen durch die Terroristen zeuge davon, dass ihnen entsprechende Technologien übergeben worden seien, mit denen solche Kampfmittel in jedem anderen Land angewendet werden könnten, hieß es weiter.

Laut dem Verteidigungsministerium war in der Nacht zum Samstag ein Terrorangriff mit unbemannten Fluggeräten auf die Militärobjekte in Hmeimim und Tartus verhindert worden. „Russische Militärfachleute analysieren derzeit die Konstruktion, den Funktionsinhalt und die selbst hergestellte Munition der abgefangenen Kampfdrohnen. Durch die Entschlüsselung der Daten der abgefangenen Drohnen ist deren Startort genau ermittelt worden“, so das Verteidigungsministerium.

Der Behörde zufolge haben die Terroristen erstmals flugzeugartige Drohnen massiv eingesetzt, die aus mehr als 50 Kilometern Entfernung gestartet und anhand von GPS-Koordinaten gesteuert worden waren.

„Die ingenieurtechnischen Lösungen, die die Terroristen bei den Attacken auf die russischen Objekte in Syrien angewendet haben, können nur aus einer der Länder stammen, die über hohe technologische Möglichkeiten der Satellitennavigation und der Fernsteuerung beim Abwurf von professionell gebauten selbstgemachten Sprengvorrichtungen nach vorgegebenen Koordinaten verfügen“, hieß es.

Russische Fachleute sind jetzt dabei, Kanäle für die Lieferung von Technologien und Waffen an die Terroristen in Syrien zu ermitteln und den Typ und die Herkunft der Sprengstoffe festzustellen, mit denen die abgefangenen Drohnen bestückt waren.

Das Verteidigungsministerium hat im sozialen Netzwerk VKontakte ein Foto der Drohnen veröffentlicht, die bei den Attacken auf den Luftstützpunkt Hmeimim und die Stadt Tartus abgefangen wurden.



<https://pbs.twimg.com/media/DTBtdXW4AA89FH.jpg>